



**Blutentnahme für Aids-Test**  
Zwangsprobe von jedem „Verdächtigen“?

Sanktion für Verweigerer: bis zu 50 000 Mark Geldbuße.

Wer aber ist, im Zeitalter von Aids, ein „seuchenrechtlich Verdächtiger“? Auch auf diese Frage weiß Gallwas Antwort: „Wer an Treffpunkten von Risikogruppen in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland angetroffen wird, ist in seuchenrechtlicher Hinsicht ansteckungs- oder ausscheidungsverdächtig“ – mithin der Strichjunge am Bahnhofsklo ebenso wie die Prostituierte und, logischerweise, deren Kundschaft.

Mit Hilfe des Bundesseuchengesetzes kann ein Amtsarzt also nicht nur einzelne Liebeshändler aufgreifen und zur Untersuchung vorführen lassen, sondern auch alle Gäste einschlägiger Etablissements. Doch die Freier werden – vorerst – wohl noch verschont bleiben. Fürs erste geht es um „HWG“-Personen, Strichjungen, Fixerinnen und Prostituierte, die ihr Geld mit „häufig wechselndem Geschlechtsverkehr“ verdienen.

Grundsätzlich müsse aber jeder „Verdächtige“ einen Aids-Test dulden, meint Gallwas, denn die damit verbundene „Beeinträchtigung“ falle, „bezogen auf den möglichen Nutzen, nämlich die Vermeidung der Ansteckung Dritter, nicht ins Gewicht“.

Die gewonnenen Erkenntnisse – Namen, Daten, Befunde – sollten vor dem Zugriff anderer Interessierter geschützt, „amtshilfefest abgeschottet“ werden, wie Gallwas das nennt. Weder Staatsanwälte noch gar Privatfirmen sollen die Aids-Personalien erfahren dürfen: „Es geht nur um das Recht auf Gesundheit, um die Eindämmung der Seuche.“

In der DDR ist die Meldepflicht schon eingeführt, ebenso wie in anderen Ostblockländern und im Königreich Schwe-

den. Dort gilt seit November letzten Jahres ein Anti-Aids-Gesetz, das in seiner Schärfe dem Bundesseuchengesetz in nichts nachsteht. Mit seiner Hilfe wurde im Januar ein drogensüchtiger, Aids-infizierter Mann zwangsweise in einer Klinik interniert, weil er den Enthaltsamkeitsauflagen der Gesundheitsbehörde nicht Folge leistete und so die Seuche womöglich weiterverbreitet hätte.

In Bonn will man vorerst weder von einer Meldepflicht noch von der Anwendung des Bundesseuchengesetzes, wie sie in München unmittelbar bevorsteht, etwas wissen. Eine bundesweite Aids-Meldepflicht soll es erst geben, wenn die „Weltgesundheitsorganisation“ auch dafür ist. Das kann, bei 166 Mitgliedsländern, noch lange dauern.

## LANDWIRTE

### Vor dem Bauernaufstand

**Die bayrischen Bauern sind erbost über die CSU: Mit Hilfe der weißblauen Staatspartei, meinen sie, kommt billiges Fleisch aus der DDR auf die westdeutschen Märkte.**

Die Attentäter hatten die Lage genau Dausgekundschaftet: In Rudolphstein passiert der Lastzug die Grenze der DDR zu Bayern. Kurz darauf rollt der Lkw auf einen etwas abseits der Autobahn gelegenen Rastplatz. Der Fahrer steigt aus, geht in eine Telephonzelle und fragt bei seinem Auftraggeber an, wohin der Transport diesmal geliefert werden soll.

Dies ist der Augenblick, wo der verschworene Trupp bayrischer Bauern zuschlagen soll: Die Männer öffnen die verplombten Türen des Lastzugs. Eine Herde in der DDR gemästeter Bullen stürmt hinaus in die Freiheit.



**Ministerpräsident Strauß**  
Mit DDR-Emissären auf Gut Spöck

Doch aus der geplanten Bullen-Befreiung wurde nichts. Unbekannte Verräter informierten den Auftraggeber, der Viehtransporter nahm eine andere Strecke.

Die geplante Aktion sollte handgreiflich vorführen, worüber die bayrischen Rindviehmäster sich seit Monaten erregen. Die Bauern in der Europäischen Gemeinschaft produzieren weit mehr Rindfleisch, als der Markt verkraften kann. Das drückt auf die Preise. 730 000 Tonnen lagern derzeit unverkäuflich in den öffentlichen Kühlhäusern. Doch aus der DDR werden jährlich 81 000 Mastbullen zusätzlich auf den überquellenden Westmarkt gebracht.

Die Stimmung in Niederbayern sei „wie vor dem Bauernaufstand“, meldete das „Straubinger Tagblatt“, das den „Skandal ohnegleichen“ öffentlich machte.

Der Weg, den das DDR-Fleisch nimmt, macht die Sache besonders pikant. Der größte Importeur von Rindviechern aus dem Osten ist ein ganz spezieller Spezi von Landesvater Franz Josef Strauß. Der Rosenheimer Fleischwaren-Fabrikant Josef März („Marox“) hat allein für eine Halbjahres-Frist bis März 1986 die Genehmigung des bayrischen Innenministers, 20 000 Bullen aus der DDR nach Bayern einzuführen.

CSU-Mitglied März, der seine Unternehmerkarriere als kleiner Milchhändler begann, verfügt über ein Firmen-Konglomerat, dessen Umsatz auf rund eine Milliarde Mark geschätzt wird. Neben dem internationalen Viehhandel betreibt März Fleisch- und Wurstfabriken, außerdem ist er Mehrheitsaktionär der Kulmbacher Brauerei Eku. Zu seinem Reich gehören Schlachthöfe, Supermärkte und Brauereien in Togo, Zaire, Gabun und Gambia.

Den Weg nach Afrika ebnete ihm sein Freund Strauß. Togos Diktator Gnassingbe Eyadema, den „echte Freundschaft“ mit dem bayrischen Ministerpräsidenten verbindet, weilt, wie auch andere afrikanische Polit-Größen, mitunter zum Staatsbesuch auf dem März-Gutshof Spöck bei Rosenheim.

Auch gen Osten hat der Rosenheimer Viehhändler gute Kontakte. In seinem Gästehaus auf dem Gut trafen sich 1983 DDR-Emissäre mit Strauß, um den umstrittenen Milliardenkredit auszuhandeln.

Seine Freundschaft zu Josef März ist dem bayrischen Ministerpräsidenten schon angekreidet worden. Regelmäßig sieht sich Strauß gezwungen, „politischen Verleumdungen“ entgegenzutreten, er sei gar an Marox beteiligt. Mit diesen Behauptungen, sagt er, wolle man nur „die Bauern gegen mich aufhetzen“. Er habe nicht einmal „auf Vieheinführen dieses Unternehmens aus der DDR Einfluß“.

So ist es, zumindest nach der Gesetzeslage. Denn die Bullen-Importe werden, wie der gesamte innerdeutsche Handel, alljährlich in Abkommen zwi-

# Freudentänze auf dünnem Eis

Von Dieter Kampe

Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Manchmal auch mit zuviel Optimismus. Allensbach berichtet, daß 61 Prozent der Bundesbürger optimistisch ins neue Jahr gehen. Weniger Schwarzseher hat es seit 1959 nicht gegeben, so viele Hoffnungsfrohe schon lange nicht mehr.

Den Bonner Wahlkämpfern auf der Regierungsbank kommt das Stimmungshoch zupaß. Dem Volk geht es gut, und alles ist sicher und stabil, verkünden sie bei jeder Gelegenheit. Die Wirtschaftslage bestätigt den regierungsoffiziellen Optimismus: niedrige Inflationsrate, volle Auftragsbücher, wachsende Konsumlust und eine boomende Börse. Alles klar auf der „Andrea Doria“?

Allen Beschwörungen zum Trotz ist das Vertrauen in die wirtschaftliche Stärke nicht groß genug, beständig wiederkehrende Angstanfälle abzuwehren. Als Mitte Januar die Kurse an der Wall Street deutlich nachgaben, raste die Baisse-Stimmung binnen Stunden um den ganzen Erdball. Vergleiche mit der Situation von 1929 wurden bemüht. So abwegig dies war: Der Schwarze Freitag erschien erstaunlich vielen Beobachtern kein fernes Schreckgespenst, sondern eine reale Möglichkeit – die sie mühelos hätten erklären können, wäre es denn so gekommen.

Die Gratwanderungen, die Tänze auf dem Vulkan sind alltäglich geworden. Das Umkippen einer Situation würde niemanden mehr überraschen – nur noch der Zeitpunkt. Aber es ist nicht chic, sich mit den ungelösten Aufgaben und krisenerzeugenden Konstellationen auseinanderzusetzen. Angesagt ist alltägliche Freude. Der lächelnde Blick geht hart vorbei an der Realität.

Als der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann von Gewerkschaftsmitgliedern, die gegen die Änderung des Paragraphen 116 protestieren wollten, etwas heftiger als gewöhnlich bedrängt wurde, zeigte sich, daß es auf den sozialen Frieden, der so verlässlich und sicher schien wie die Tiefausläufer vom Atlantik, keine Verfassungsgarantie gibt. Wen hat das überrascht?

Wie lebt es sich mit soviel falscher Hoffnung, mit verdrängtem Wissen und heimlichen Ängsten? Für den einzelnen hat es die Psychologie erforscht: Affektstau, selektive Realitätssicht bis hin zur Realitätsflucht und Unsicherheit, die durch autoritäres Auftreten oder Bindung an starke Persönlichkeiten kaschiert wird. Und eine Gesellschaft, die eine komplexe, widersprüchliche und unsichere Wirklichkeit nicht mehr verstehen kann oder will? Die sich mehrheitlich orientiert an dem Schlagertext: „Schau doch einfach auf die Sonnenseiten des Lebens“?

Die Pathologie des sozialen Verhaltens ist heute überdeutlich: Die Mehrheit schwankt zwischen manischem Konsumrausch und depressivem Krisengejammer, zeigt aggressive Unwilligkeit, die Kehrseite der goldenen Medaille zur Kenntnis zu nehmen. Sie ergötzt sich an Autoritäten, die zwar nicht stark genug sind, die Probleme zu lösen, aber stark genug, die Rolle des Verkünders einer problemfreien Lage schauspielerisch überzeugend darzubieten.

Das Zeitalter der Staatsmänner scheint abgelaufen zu sein. Die wichtigste Aufgabe des politischen Zeremonienmeisters an der Spitze besteht heute darin, Optimismus zu predigen, die Bedeutung des Vertrauens für das wirtschaftliche Wohlergehen herauszustellen und ebendieses auch zu fordern. Der Verdrängungsmechanismus muß in Schwung gehalten werden, notfalls durch Eigenlob und Schönfärberei. Wie schön, wenn man dann auch noch Wirtschaftswissenschaftler zur Hand hat, die es für das beste halten, alles dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen. Das Dolcefarniente legitimiert durch ökonomische Theorie.

Wo aber bleiben die Energien, rationale Lösungen für die zwar verdrängten, aber immer noch drängenden Probleme zu suchen? Schuldenkrise, Rentendesaster, Arbeitslosigkeit, Umweltvergiftung – es gäbe wahrlich genug zu tun. Doch Verantwortungsgefühl und Reflexion sind nicht gefragt.

Wir leisten uns ein weiteres Jahr lang Theater: erst Karneval, dann Wahlkampfe.

„Zwischen Konsumrausch und depressivem Krisengejammer“

schen der Bundesregierung und der Ost-Berliner Staatsführung festgelegt.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Günther Müller aus dem Rottal, dem Zentrum der aufgebracht niederbayerischen Viehmäster, wandte sich denn auch an Bundeskanzler Helmut Kohl mit der dringenden Bitte um „persönliches Handeln“. Doch der Kanzler, wiewohl für den innerdeutschen Handel zuständig, schob das Problem sogleich an Strauß weiter. Von den Bullen, verriet Kohl dem Abgeordneten, „verstehst du mehr als ich“.

Die Bullen-Importe aus der DDR, so ließ Strauß den Landwirten von seinem Staatssekretär Edmund Stoiber mitteilen, seien doch schon um 100 Stück die Woche eingeschränkt worden. Vergangene Woche wurde die Quote noch einmal um 200 Stück gekürzt. Bei einem wöchentlichen Kontingent von 1550 Rindern hilft das allerdings wenig. Die Bauern fordern, so der niederbayrische Verbandsführer Toni Beck, „den sofortigen Stopp der Ostimporte“.

Die aufrührerischen Gemüter ließen sich damit gewiß besänftigen; an der Misere der Agrarpolitik würde sich nichts ändern. Die hochsubventionierten Preise der EG reizen weiter zur Überproduktion.

Wurstmacher wie Marox können trotz sinkender Preise im Westen ihr Mastvieh immer noch billiger in der DDR einkaufen. Mindestens eine Mark pro Kilo, so schätzen Experten, liegen die Preise für die DDR-Bullen unter dem Niveau in der Bundesrepublik.

Der mißglückte Anschlag auf den Bullen-Transporter aus der DDR machte bei dem Rosenheimer Importeur immerhin Eindruck. Seither läßt März seine Rindvieher über norddeutsche Grenzübergänge einführen und in Hannover oder Frankfurt schlachten. Zur Unkenntlichkeit zerstückelt, wird das Fleisch aus dem Osten sodann in Bayern verwurstet. ◇



Fleisch-Importeur März  
20 000 Bullen aus der DDR